

Josef Rutz
Irchelstr. 32
8212 Neuhausen am Reinfall
Tel. / Beantw. / Fax 052 670 07 25

Volkswirtschaftsdepartement
Herr Ernst Landolt
Mühlentalstrasse 105
8200 Schaffhausen

Neuhausen, Samstag, 18. Januar 2014

Verbrecherisch Beugung des Rechts durch Staatsanwaltschaft

Herr Landolt

Ihre Aufgabe als Regierungsrat und Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes umfasst unter anderem auch die Oberaufsicht über die Schaffhauser Staatsanwaltschaft. In diesem Sinne habe ich mich seinerzeit vertrauensvoll an Sie gewendet, als Sie sich für eine Wahlveranstaltung auf dem Fronwagplatz zu Verfügung gestellt hatten. **Mit Brief vom 23.01.2012 – Dok. 1312 –** wie auch per E-Mail, **habe ich Sie detailliert über die verbrecherische Machtwillkür seitens der Staatsanwaltschaft – Willy Zürcher / Staatsanwalt Peter Sticher – orientiert.** ... Sie scheinen jedoch die Tragweite der Machenschaften nicht ernst genommen zu haben. Dieser Umstand soll mir nun insgesamt **ein paar 10'000 Franken Schaden** zufügen!!

Ich bitte Sie diesmal tunlichst zu konstatieren, dass ich mich nicht in Sinne der Einreichung einer üblichen Beschwerde an Sie wende. Infolge meiner Aufklärungsarbeit sind Sie zum Mitwisser extremster Berufsverbrechen, ausgeführt von Angestellten der dritten Gewalt des Kantons Schaffhausen geworden. Ich verweise auf

Strafbefehl vom 6. August 2012 Nr. ST.2005.2027

und

Einstellungsverfügung vom 6. August 2012 Nr. ST.2005.2027

Beide verursacht durch den sogenannten leitenden Staatsanwalt Willy Zürcher Büro 3. Unter diesen misslichen Voraussetzungen erwarte ich von Ihnen innert nützlicher Frist

1. **Sofortige Annullierung oder Rückvergütung** aller in diesem Zusammenhang entstandenen und noch entstehenden Rechnungen.
2. Öffentlich angehört zu werden.
3. Gewährung des mir bisher unterschlagenen, laut Gesetz frei wählbaren Pflichtverteidigers, zulasten des bislang pervers und schurkenhaft an mir handelnden Staates.
4. Die Zusage der **Neubeurteilung** der beiden Verfahren **durch eine NICHT-korrupte NICHT-Schaffhauser Justiz.** ... ist in Schaffhausen schon öfter vorgekommen(!).

Als die Regierungsratswahlen vor der Tür standen, habe auch ich kräftig für Sie geworben, weil ich von Ihrer Aufrichtigkeit überzeugt war. Nun brauche ich Ihre Hilfe als Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements bzw. der Staatsanwaltschaft.

Bekanntlich hat mich Untersuchungsrichter Zürcher unter Zuhilfenahme massiver, betrügerischer Amtswillkür am 18.03.2009 für 71 Tage in Untersuchungshaft gesetzt. Seither werden mir **alle**

wichtigen Auskünfte von der Staatsanwaltschaft verweigert; vor allem ein Verteidiger, der mich VERTRITT(!) – **siehe Beilage, Brief** –Dok. 1292 v. 14.11.2011 an Staatsanwalt Peter Sticher.

Drei Jahre unerhörter Stress für einen Vater, der weiter nichts als seine Kinder will, ist des Guten zuviel. Diesen massiven **Verstoss gegen das Beschleunigungsgebot (Art. 47 EG ZGB)** hat der fehlbare Untersuchungsrichter Willy Zürcher zu verantworten! Seit seinem Zugriff bin ich jedoch seiner verbrecherischen Handlungsweise ausgeliefert. Seither werden mir nämlich **sämtliche verfassungsmässigen Verfahrensgarantieren verweigert** oder mittels Verschleppung des Verfahrens unterschlagen – sieh BV Art. 26 und 30. Der mir aufgezwungene pro Formapflichtverteidiger **Urs Späti** soll Fr. **5190.70** kassieren – laut Strafbefehl **total Fr.15790.70!**

Hiermit ersuche ich Sie höflichst, dafür zu sorgen, dass

5. Die Bestellung eines neutralen, Nicht-Schaffhauser Pflichtverteidigers, der mir infolge Versagens der Verfahrensleitung i. A. auf StPO Art. 46 und 56 **unverzüglich und kostenlos zu gewähren ist**.
6. Das Verfahren an eine ausserkantonale Instanz abgetreten und sofort neu beurteilt wird.
7. Beantwortung des eingangs erwähnten Briefes an die Staatsanwaltschaft.

Die rechtswidrige und perverse Handlungsweise der Genannten finden Sie am einfachsten oder unter dem Titel „[Staatsanwalt Willy Zürcher](#)“ „[Ober - Staatsanwalt P. Sticher](#)“ oder „[Richter](#)“. oder direkt in Navigationsbox am linken Bildrand oder mittels „Suchen“.

Wenn Sie der Sache in ehrlicher Absicht nachgehen, werden Sie feststellen, dass das Recht in meinem Falle grundsätzlich blockiert ist. Nicht umsonst handelten sie wie „Schweinehunde“, indem sie mich zwangen, zwei Verfahren genau an Weihnachten entgegenzunehmen und darauf einzutreten. Beim Bundesgericht dieselbe Schweinerei: Prüfungslos abgewiesen, Rechtsmittelbelehrung, Fristverlängerung und Zulassung eines Pflichtverteidigers prüfungslos UNTERSCHLAGEN Akten retourniert und Verfahren eingestellt!! Lesen Sie nach in www.rutzkinder.ch bzw. [Bundesgericht](#)“.

Wie Sie unweigerlich feststellen, konnten meine Peiniger mit ihrem rund 10 Jahre dauernden „Holocaust“ nichts, ausser Zutrittsverboten vorbringen, welche ich, um meiner Kinder Willen als Notstandsmassnahme zwangsläufig übertreten musste. Wie weiter, wenn für mich Recht und Gesetz, von denen, die es aufrechterhalten und durchsetzen sollten, mit Füssen getreten – ja sogar für – mich per Verfügung – ungültig erklärt werden? Sollten Sie kein Gehör finden, rechnen Sie den „Schurken“ vor, dass die Wiederherstellung meiner persönlichen Integrität ein paar Millionen weniger kostet, als ein zweiter Fall Schlatter. **In Erwartung einer öffentlichen Anhörung, Ihrer energischen Intervention zur Beendigung meiner politischen Verfolgung und einer schriftlichen Antwort** verbleibe ich mit im Voraus herzlichem Dank und grüsse ich Sie höflich

Josef Rutz

- Beilagen:**
1. Beschwerde an OG-Präsidentin Dolge zur willkürlichen Durchsetzung des Strafbefehls - Dok. 1414 v. 27.12.2013. **Liste mit diversen strafbaren Handlungen.**
 2. Dok. 1292 – erwähnt
 3. Beschwerde – Frau Gysel, die OG-Rechnung Fr. 600.- zahle ich nicht! - Dok.1420

- Ich erinnere Sie an meinen Brief Dok. 1312 vom 23.01.2012 und die Mails, die Sie hätten erhalten müssen
- Kopien
- Rechtsgültiger Beweis für das Absenden des Briefes vorhanden
- Wird veröffentlicht werden